

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

## Nein zum Finanzpaket

### von Dagmar Enkelmann

Noch nie hat der Bundestag in so kurzer Zeit über ein Finanzpaket verhandelt, das am Ende bis zu 500 Milliarden Euro – mehr als das Doppelte des jährlichen Bundeshaushalts – umfassen kann. Das entsprechende Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMSStG) wurde am Freitag mit den Stimmen von Union, SPD und FDP angenommen. Die LINKE hat – ebenso wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – dagegen gestimmt.

DIE LINKE hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht und ihre parlamentarische Aufgaben verantwortlich wahrgenommen. So hat sie einem beschleunigten Verfahren zugestimmt, weil es dringend notwendig war, die Finanzbeziehungen zwischen den Banken zu stabilisieren. Diese Zustimmung bedeutete aber keineswegs, dass die LINKE dem Finanzpaket selbst zustimmt – im Gegenteil: Gerade die LINKE hat in der ganzen Zeit deutlich gemacht, dass vor allem die Bundesregierung mit ihren Beschwichtigungen und zögerlichem Handeln den enormen Zeitdruck, dem sich das Parlament schließlich konfrontiert



sah, verursacht hat. Mit einer Steuerpolitik zugunsten von Finanzinvestoren, mit der Zulassung u.a. von Hedge-Fonds und Kreditverbriefungen tragen die Große Koalition wie auch ihre rot-grüne Vorgängerregierung zudem maßgeblich Mitschuld am Entstehen der gegenwärtigen tiefgreifenden Krise.

Noch Ende September hatte der Bundesfinanzminister in einer Regierungserklärung behauptet, ein Rettungspaket wie in den USA sei in der Bundesrepublik nicht notwendig und das deutsche Finanzsystem funktioniere. Dies stellte sich schnell als Wunschdenken heraus. Angesichts des dadurch erschütterten Vertrauens vieler Bundestagsabgeordneter in das Regierungshandeln ist es schon erstaunlich, dass die große Mehrheit der Ab-

### In dieser Ausgabe:

**Peter Sodann wäre ein Bundespräsident des Volkes**  
Lothar Bisky

**Bombodrom: SPD steht auf dem Prüfstand**  
Kirsten Tackmann

**Notbremsung in letzter Minute**  
Wolfgang Neskovic

**Kindergelderhöhung muss diesen Namen verdienen und bei allen ankommen**  
Diana Golze

**Anträge und Parlamentarische Initiativen dieser Sitzungswoche**

**Namentliche Abstimmungen in dieser Woche**

**Eintritt frei!**  
**DIE LINKE.**

# BUNDESTAGSREPORT

## DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

geordneten der Regierung einen „Blankoscheck“ ausgestellt hat. Die noch zu erstellenden Rechtsverordnungen können die Abgeordneten im Wesentlichen nur zur Kenntnis nehmen. Der zu bildende Unterausschuss für die künftigen Bankbeteiligungen des Bundes tagt unter Geheimhaltungsbedingungen. Ein Regieren auf diese Art und Weise ist für mich letztlich undemokratisch.

Mit dem Gesetz werden in der Vergangenheit erzielte Gewinne großer Aktionäre gerettet, ohne aber die Verursacher der Finanzkrise angemessen an den Lasten zu beteiligen und zur Verantwortung zu ziehen.

Mit dem Maßnahmenpaket

wird nicht ausreichend dafür gesorgt, die Spareinlagen und Einkommen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern sowie die Liquidität und Auftragslage kleinerer und mittlerer Firmen zu verbessern. Ohne ein begleitendes Konjunkturprogramm, ohne deutliche Einkommenssteigerungen vor allem für Geringverdiener, Langzeitarbeitslose und Familien werden die finanzpolitischen Maßnahmen zu großen Teilen ins Leere laufen und nur einen steigenden Schuldenberg für spätere Generationen hinterlassen. Das Gesetz ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten, insbesondere mit zusätzlichen und zukünftigen Belastungen für die



Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen. An diesen wie anderen Folgen des Finanzpakets wird DIE LINKE parlamentarisch weiter drandbleiben.

## **"Peter Sodann wäre ein Bundespräsident des Volkes"**

von Lothar Bisky



Peter Sodann ist als Repräsentant für die Bundesrepublik Deutschland in mehrfacher Hinsicht besonders geeignet. Er ist ein hervorragender Schauspieler und Regisseur, war ein guter Leiter und Intendant und ist und bleibt als politischer Mensch an gesellschaftlichen Zusammenhängen in hohem Maße interessiert.

In der DDR wurde er durch die Staatssicherheit wegen "fortgesetzter staatsfeindlicher Hetze" verfolgt und eingesperrt.

Anschließend entwickelte er sich zu einem bedeutenden Charakterdarsteller auf deutschen Bühnen und leitete ein für seine Experimentierfreude und großen Publikumsandrang bekanntes Theater.

Als Künstler war er auch in der ARD nach der Vereinigung erfolgreich.

Sein Tatort-Kommissar Bruno Ehrlicher gehörte 16 Jahre lang zu den erfolgreichsten und authentischsten Figuren dieser Krimi-Reihe. In politi-

schen Talkshows trat er engagiert für Frieden, mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, höhere Kultur, Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur sowie für eine gerechte Vereinigung ein.

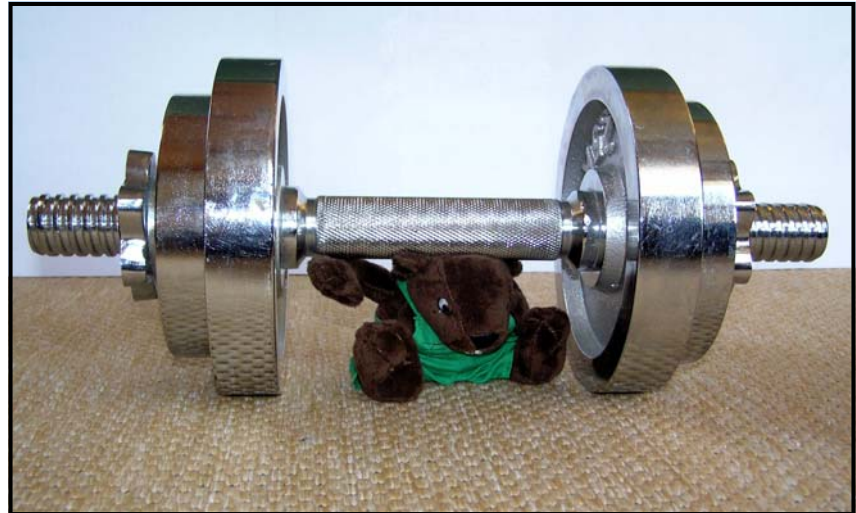
Er ist in der Bevölkerung bekannt und beliebt. Er ist einer der Wenigen, der von der DDR den für Künstler sehr bedeutsamen Nationalpreis und von der Bundesrepublik Deutschland das Bundesverdienstkreuz erhielt.

Er wäre ein Bundespräsident des Volkes."

**Bombodrom: SPD steht auf dem Prüfstand**  
 von Kirsten Tackmann

Die SPD hatte sich im Oktober 2007 auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg gegen das Bombodrom ausgesprochen. Schon damals fragten sich viele, wie glaubwürdig dieser Beschluss sei. Schließlich waren SPD und Grüne von 1998 bis 2005 an der Regierung und hätten den Verzicht auf das Bombodrom durchsetzen können. Stattdessen war es SPD-Verteidigungsminister Struck, der im Juli 2003 die Inbetriebnahme anordnete – ohne Widerstand der Grünen.

Nun sollte am Mittwoch dieser Woche der Petitionsausschuss in Sachen Bombodrom entscheiden. Und viele fragten sich wieder, ob sich denn die SPD-Mitglieder im Ausschuss mehr der eigenen Parteitagsmehrheit oder dem Verteidigungsminister verpflichtet fühlen würden. Die Sitzung fiel zwar der Finanzkrise zum Opfer, aber durchgesickert war, dass die Koalition, also auch die SPD, die Petition der Regierung „als Material überweisen“ will. Das Bombodrom wird also nicht in Frage gestellt. So schlimm sind die Lärmbelastigungen durch Tiefflüge nicht, aber vielleicht müsse ja nicht ganz so intensiv genutzt werden? Ich weiß nicht, wie die Kolleginnen und Kollegen zu dieser absurden Bewertung



kommen. Beim Vor-Ort-Termin des Petitionsausschusses im Mai 2007 konnte ich miterleben, dass ihnen was ganz anderes erzählt wurde. Und deshalb gibt es nur einen Kommentar: ein bisschen schwanger geht nicht.

Aber nun hat die SPD noch mal Zeit zum Nachdenken. Die nächste Sitzung ist am 12. November. Die Glaubwürdigkeit ihres Generalsekretärs Hubertus Heil steht dabei ja auch auf dem Spiel, hatte er doch noch vor einigen Wochen VertreterInnen von Freiem Himmel, FREIER HEIDE und Pro Heide zugesagt, sich in seiner Fraktion für den Parteitagbeschluss einzusetzen. DIE LINKE bleibt verlässlich an der Seite der Bombodromgegnerinnen und -gegner. Gründe dafür gibt es viele: 1. Weil Bombenabwürfe nirgendwo geübt werden sollen. 2. Weil die aktuellen Übungskapazitäten nur mini-

mal ausgelastet sind, also die Schließung der Bombenabwurfplätze in Nordhorn (Niedersachsen) und Siegenburg (Bayern) sinnvoll ist statt eine ungerechte „Lastenverteilung“ in die Kyritz-Ruppiner Heide. 3. Weil die Lärmbelastung weder den Menschen noch der Wirtschaft oder Natur und Umwelt zuzumuten ist. 4. Weil Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung, Fördermittel und Investitionen vernichtet werden. 5. Weil die demokratischen Mehrheiten gegen das Bombodrom respektiert werden müssen.

DIE LINKE unterstützt den seit 16 Jahren währenden friedlichen Widerstand einer überwältigenden, demokratischen Mehrheit gegen die militärische Nutzung des Areals. Wir bleiben dabei: Bombodrom. Nirgends.

## **Notbremsung in letzter Minute**

von Wolfgang Neskovic



Seit Beginn der 90er Jahre fordert der damalige und jetzige Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) beharrlich den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren. Bisher hatte er mit diesem Vorhaben aufgrund der notwendigen Grundgesetzänderung und der Erforderlichkeit einer 2/3 Mehrheit in Bundestag und Bundesrat jedoch keine Aussicht auf Erfolg.

In Zeiten der Großen Koalition rückte sein Ziel nunmehr in greifbare Nähe. Artikel 35 des Grundgesetzes sollte um den Satz ergänzt werden: "Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz von Streitkräften mit militärischen Mitteln anordnen."

Falls erforderlich, sollte die Bundesregierung den Ländern Weisungen erteilen - bei Gefahr im Verzuge "der zuständige Bundesminister" gar allein entscheiden können.

In der vergangenen Woche hatte sich die Große Koalition bereits auf diesen Textvorschlag geeinigt. Danach wäre erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg der militärische Einsatz deutscher Soldaten im eigenen Land in weitem Umfang möglich gemacht und die Grenze zwischen Krieg und Frieden gefährlich verwischt worden.

Nur im Verteidigungsfall, so bestimmt es Artikel 87a des Grundgesetzes, dürfen Soldaten eingesetzt werden, ansonsten nur, "soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich

zulässt". Nachdem das Verfassungsgericht den zuvor unternommenen Versuch, den Angriff von Terroristen als "Quasi-Verteidigungsfall" zu betrachten, zurückgewiesen hatte, war nun also entschieden worden, über den Umweg "Unglücksfall" das Grundgesetz zu ändern.

Der Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier, und die Justizministerin, Brigitte Zypries, hatten diesem Vorgehen ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt. Dass wegen der völlig unbestimmten Formulierung "Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles" ein grenzenloser Einsatz der Bundeswehr zu Präventionszwecken ermöglicht worden wäre, hatten sie aber offenbar übersehen. Dass - wie in dieser Woche berichtet wurde - die SPD-Fraktion die Notbremse gezogen hat und damit die geplante Grundgesetzänderung - vorerst - gestoppt hat, kann daher nur begrüßt werden. Es ist aber bedenklich, wenn sowohl der Kanzlerkandidat als auch die Justizministerin offensichtlich nicht in der Lage sind, die Tragweite ihrer Entscheidungen zu durchschauen und es dieser Notbremsung ihrer Fraktion überhaupt bedurfte.

**Kindergelderhöhung muss diesen Namen verdienen  
 und bei allen ankommen**

von Diana Golze

**DIE LINKE** kritisiert die vom Bundeskabinett in dieser Woche beschlossene Kindergelderhöhung scharf. Die vorgesehenen 10 Euro sind nicht einmal ausreichend, um den Wertverlust des Kindergeldes, das 2002 das letzte Mal erhöht worden war, wieder auszugleichen. An zu vielen Stellen mussten Familien in den vergangenen Jahren zu tief in die Tasche greifen und Belastungen wie die Euroumstellung und die Mehrwertsteuererhöhung ausgleichen – von der Preisentwicklung bei Lebensmitteln und anderen Lebenshaltungskosten ganz zu schweigen. Diese Belastungen gedenkt die Bundesregierung nun mit knauserigen 10 Euro auszugleichen – ein Hohn für Familien, bedenkt man, dass es die gleiche Bundesregierung ist, die sich doch in den vergangenen Monaten mit Elterngeld und Kita-Ausbau als familienfördernd darstellen möchte.

In einem aber bleibt sich die Bundesregierung treu: Sie macht eine Familienpolitik, die eine ganze Gruppe völlig außen vor lässt und benachteiligt: die Familien



im Arbeitslosengeld II-Bezug. Für sie bedeutete das Elterngeld massive Verschlechterungen, die Mehrwertsteuer hat sie besonders hart getroffen und in wie weit Kinder aus diesen Familien am Ende vom Kita-Ausbau partizipieren können, bleibt weiterhin unklar.

**Deshalb fordert DIE LINKE:** Die 10 Euro Kindergelderhöhung dürfen bei der Bedarfsberechnung nicht mit auf das Einkommen der Familien angerechnet werden, um sicherzustellen, dass die Anhebung auch diesen Kindern zu Gute kommt.

Des Weiteren fordert **DIE LINKE**, die unzureichende Erhöhung nur als einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu betrachten und das Kindergeld auf ein Niveau zu heben, das der Lebenswirklichkeit der Kinder entspricht. Die sofortige Anhebung des Kindergelds auf 200 Euro bleibt für **DIE LINKE** eine zentrale Forderung zur Sicherstellung der Existenzsicherung von Kindern und wäre ein erster Schritt in Richtung einer eigenständigen Kindergrundsicherung, die den Bedürfnissen von Kindern entsprechen muss.

**Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:**



**"Energiekosten sozial ausrichten - Sozialtarife einführen, wirksame Strompreisaufsicht schaffen, Energiesparen ermöglichen"**

**Drs. 16/10510** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778938934\\_1610510.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778938934_1610510.pdf)

Energie muss bezahlbar bleiben, Sozialtarife im Energiebereich sind die einzige Möglichkeit, armen Haushalten jetzt zu helfen, Energiesparen geht alle an, aber wer mehr hat muss auch mehr leisten.

**Antrag "Bildungsgipfel nutzen - Bessere Bildung für alle - Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern"**

**Drs. 16/9808** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712732378\\_1609808.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712732378_1609808.pdf)

Bildung soll als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern finanziert werden. Fehlentwicklungen der Föderalismusreform rückgängig gemacht werden. Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten bis zur Hochschule, Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, Einführung der Gemeinschaftsschule sowie Lernmittelfreiheit.

**Antrag "Studienfinanzierung ausbauen - Soziale Hürden abbauen"**

**Drs. 16/8741** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731705593\\_1608741.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731705593_1608741.pdf)

Bildung soll als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern finanziert und Fehlentwicklungen der Föderalismusreform müssen rückgängig gemacht werden. Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten bis zur Hochschule, Einführung der Gemeinschaftsschule, Lernmittelfreiheit, Ausbau des BAföG statt eines Stipendiensystems, wie dies die FDP vorschlägt, durch Umstellung auf eine Vollförderung und Wegfall der diskriminierenden Altersgrenze.

**Entschließungsantrag zum Antrag der Bundesregierung zur Mandatsverlängerung der Bundeswehr (ISAF) Drs. 16/10479** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7798586600\\_1610479.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7798586600_1610479.pdf)

DIE LINKE lehnt eine Mandatsverlängerung für den Bundeswehreininsatz im Rahmen von ISAF ab. Stattdessen soll die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen, die Zusammenarbeit mit den Kriegsherren eingestellt, die zivile Unterstützung vervielfacht und die demokratischen afghanischen Kräfte massiv gestärkt werden.

**Antrag "Veräußerung von Anteilen an der Deutschen Bahn AG stoppen"**

**Drs. 16/10525** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7701854610\\_1610525.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7701854610_1610525.pdf)

Durch die aktuelle Immobilien- und Bankenkrise gelten drei von vier Bankhäusern als angeschlagen, für die die Ausgabe der Deutsche-Bahn-Aktien vorgesehen sind. Dadurch bestehen deutlich ungünstigere Voraussetzungen für die Aktienemission als ursprünglich geplant. Das bestätigt die generelle Kritik an der Teilprivatisierung der Deutsche Bahn AG.

**Antrag "Bundesverantwortung für den Steuervollzug endlich wahrnehmen"**

**Drs. 16/9479** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7775311929\\_1609479.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7775311929_1609479.pdf)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den laxen Steuervollzug durch die Bundesländer nicht nur regelmäßig festzustellen, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten dagegen vorzugehen.

**Antrag: " Gesetz zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile (NAG) vorlegen" Drs.**

**16/3698** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7764650287\\_1603698.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7764650287_1603698.pdf)

Das NAG soll behinderungsbedingte Nachteile ausgleichen, um Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, Vereinheitlichung des Behindertenrechts, Bedarfsdeckung sowie Stärkung selbstbestimmter Teilhabe behinderter Menschen am Gemeinschaftsleben zu erreichen.

**Anträge DIE LINKE dieser Sitzungswoche:**



**Antrag "Wohnungslosigkeit vermeiden - Wohnungslose unterstützen - SGB II überarbeiten"**

**Drs. 16/9487** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740210683\\_1609487.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740210683_1609487.pdf)

Seit der Einführung von Hartz IV ist die Verantwortung zur Vermeidung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit auf das SGB II übergegangen. Dieses Gesetz ist aber nicht auf die speziellen Bedürfnisse und Probleme von Wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ausgerichtet.

**Antrag "Für die Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsgesetz"**

**Drs. 16/9165** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742243705\\_1609165.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742243705_1609165.pdf)

Die geforderte Abschaffung der Optionspflicht ist Bestandteil eines Forderungskataloges der LINKEN im Rahmen ihres Antrages (BT-Drs. 16/1770). Dieser ausgekoppelte Antrag trägt der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages vom 10.12.2007 Rechnung, in der sich alle Sachverständigen gegen eine Beibehaltung der derzeit geltenden Optionspflicht ausgesprochen. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Praktikabilität, Sinnhaftigkeit bzw. Verfassungsgemäßheit der derzeitigen Regelung

**Antrag "Klare Grenzen für die Rücknahme und den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ziehen"**

**Drs. 16/9654** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7767594979\\_1609654.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7767594979_1609654.pdf)

Die geforderte Abschaffung der Optionspflicht trägt der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages vom 10.12.2007 Rechnung, in der sich alle Sachverständigen gegen eine Beibehaltung der derzeit geltenden Optionspflicht aussprachen. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, klare Regelungen der Voraussetzungen und Folgen bei Rücknahme und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit vorzulegen.

**Antrag "Finanzierung zur Bewahrung des deutschen Filmerbes sicherstellen"**

**Drs. 16/10509** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791072660\\_1610509.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791072660_1610509.pdf)

Die Bewahrung des deutschen Filmerbes ist eine kulturelle Aufgabe von grundlegender Bedeutung. Eine Langzeitarchivierung des Filmbestandes wird nach Expertenmeinung Kosten von 90 Mio. EUR und mehr erzeugen. Diese sollen über einen Fünfjahreszeitraum zu jew. einem Drittel aus dem Bundeshaushalt, aus einer Abgabe der Film- und Werbewirtschaft und einer zweckgebundenen Abgabe in Höhe von 5 Cent auf jede Kinokarte aufgebracht werden.

**Antrag "Den Reichtum umverteilen - Für eine sozial gerechte Reform der Erbschaftsbesteuerung" Drs. 16/3348** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731536153\\_1603348.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731536153_1603348.pdf)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Erbschaftsteuer mit dem Ziel zu reformieren, eine gleichmäßigere Vermögensverteilung zu erreichen und ihr Potential zur Erschließung steuerlicher Mehreinnahmen zu nutzen.

**Antrag "Die eigenständige Existenzsicherung von Stiefkindern sicherstellen - § 9 Abs. 2 Satz 2 SGB II reformieren" Drs. 16/9490** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7759776202\\_1609490.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7759776202_1609490.pdf)

Für Sozialgeld beziehende Kinder im SGB II (Hartz IV) ist das Einkommen und Vermögen von Stiefeltern bei der Bedarfsermittlung zu berücksichtigen. Dies bedeutet die Einführung einer faktischen Unterhaltsverpflichtung, die durch das BGB nicht gedeckt ist. Durch die Regelung ist die Existenz von Stiefkindern gefährdet, da zivilrechtlich eine faktische Unterhaltsleistung nicht eingeklagt werden kann. Dies muss korrigiert werden.

### Namentliche Abstimmungen in dieser Woche

#### Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes

Abgestimmt wurde der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz - FMStG); Drs. 16/10600 und 16/10651.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	213	0	1
SPD	207	0	0
FDP	55	0	0
<b>DIE LINKE</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>0</b>
B90/Grüne	0	48	0

#### Änderungsantrag der Grünen

Abgestimmt wurde ein Gesetzesentwurf der Fraktion Bündnis 90 /die Grünen über ein Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpaketes zur Stabilisierung des Finanzmarktes.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	0	213	0
SPD	0	205	2
FDP	0	55	0
<b>DIE LINKE</b>	<b>3</b>	<b>25</b>	<b>21</b>
B90/Grüne	48	0	0

#### Gesundheitsfonds

Abgestimmt wurde über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG) -Drs. 16/9559, 16/1070 und 16/10609.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	197	5	1
SPD	188	8	1
FDP	0	52	0
<b>DIE LINKE</b>	<b>0</b>	<b>48</b>	<b>0</b>
B90/Grüne	0	49	0

#### Verlängerung des ISAF-Mandats

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses. Der Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Bundestages, dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan. Drs. 16/10473 und 16/10567.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	201	5	5
SPD	180	20	5
FDP	46	6	0
<b>DIE LINKE</b>	<b>0</b>	<b>52</b>	<b>0</b>
B90/Grüne	15	11	23

**News-  
letter**  
Jetzt  **abonnieren**

Die Reden und Pressemitteilungen dieser Woche entnehmen Sie Bitte den Internetseiten der Abgeordneten.

**Sie können den Newsletter der Landesgruppe kostenfrei abonnieren.**

**Mail an:** [kirsten.tackmann.\(at\)bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann.(at)bundestag.de)

*Der Bundestagsreport erscheint jeden Freitag einer Sitzungswoche!*